

«NICHT NACHGEBEN!»

Der Klimaforscher Hartmut Grassl im Gespräch mit Tom Jost

KLIMAPIONIER, EWS-GRÜNDUNGSHELFER, STREITER FÜR EINE SOZIALE ENERGIEWENDE: HARTMUT GRASSL BLEIBT WEITERHIN KÄMPFERISCH – UND ZUVERSICHTLICH.

Als er im Frühjahr erneut einen runden Geburtstag feierte, erreichten Hartmut Graßl auch aus dem Schwarzwald jede Menge herzlicher Glückwünsche. Der gebürtige Bayer gilt nicht nur seit Jahrzehnten als einer der bekanntesten deutschen Klimaforscher, Graßl ist auch so etwas wie der «Wissenschaftspate» der Schönauer Bürgerinitiative und jetzigen EWS: Er vermittelte den Anti-Atom-Aktivist*innen grundsätzliche wissenschaftliche Einblicke – und setzte sich umgekehrt in der Forschungswelt vehement für die Bürgerenergie ein. Sein Schreibtisch steht immer noch im Hamburger Max-Planck-Institut für Meteorologie, von wo aus er nach wie vor junge Doktoranden betreut. Das gemeinnützige Journalistenprojekt «klimareporter» unterstützt Hartmut Graßl im Herausgeberrat, außerdem Almbauern und das österreichische Klimaforschungsprogramm. Seine Devise: «Nicht nachgeben!» Entsprechend wurde es in Corona-Zeiten auch ein langes Gespräch am Telefon.

Herr Graßl, Sie sind im März 80 Jahre alt geworden. Haben Sie wenigstens ein bisschen feiern können?

Ursprünglich wollte ich den Geburtstag in der Schweiz feiern, wir hatten vor, am 18. März mit der Familie in Klosters-Serneus bei Davos zu sein. Am 13. März aber hat die Graubündner Regierung den Stopp aller Wintersportanlagen verfügt, von da an waren Skilauf oder Ausflüge mit Bergbahnen nicht mehr möglich. Wir haben zwei Tage später quasi die letzte Möglichkeit genutzt, mit öffentlichen Verkehrsmitteln die Schweiz zu verlassen, und waren an meinem Geburtstag wieder in Hamburg. Als Reisende, die aus einem Risikogebiet zurückkehrten, mussten wir danach in private Quarantäne. So haben wir in unserer Wohnung gefeiert – der Einzige, der halb unerlaubt dabei war, war unser Schwiegersohn.

Trifft es Sie, dass nach dem Diskussions- und Aktionshöhepunkt im vergangenen Jahr der Klimaschutz wieder etwas in den Hintergrund gerückt ist?

Nein, denn durch die Corona-Krise merken die Menschen, dass man eigentlich mehr auf die Wissenschaftler hören sollte als auf Fake-News-Verbreiter wie den US-amerikanischen Präsidenten. Am Anfang hatten fast nur die Virologen das

Sagen, jetzt gibt auch die «Nationale Akademie der Wissenschaften» den Takt mit vor, wie etwa die Lockerung der Beschränkungen stattfinden soll. Oder anders: Eine so hochtechnisierte Gesellschaft wie die unsere kann ohne den Ratsschlag aus der Wissenschaft von den Politikern gar nicht mehr richtig geführt werden. Es wird bei den Emissionen eine Delle geben, weil zum Beispiel fast der gesamte Flugverkehr darniederliegt und weniger Menschen zur Arbeit pendeln. Allerdings haben wir keine Chance mehr, wesentliche Klimawandelfolgen ganz zu verhindern – so kommen wir zum Beispiel aus dem Meeresspiegelanstieg über Jahrhunderte nicht mehr heraus.

Dass man auf Wissenschaftler hören sollte, wüssten Sie sich schon früher: Den begründeten Verdacht, diese Klimaveränderung sei Menschenwerk, haben Sie gemeinsam mit Forscherkollegen veröffentlicht. Wie wurde das damals, Ende der 1980er-Jahre, aufgenommen?

Als wir mit dem Memorandum der Deutschen Physikalischen Gesellschaft und der Deutschen Meteorologischen Gesellschaft im März 1987 an die Öffentlichkeit gingen, war der Widerhall zunächst fast null. Dann aber kam der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß, der über den Bundesrat forderte, dass eine so große Industrienation wie die Bundesrepublik dies nicht verschlafen könne. Er plädierte für die Einrichtung eines wissenschaftlichen Klimabeirats der Bundesregierung. Fast gleichzeitig kam die Einrichtung einer Enquete-Kommission «Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre» – und damit gab es Widerhall und ein Gelegenheitsfenster für Klimaforscher, die dann wirklich Gehör gefunden haben. Aber bei solchen Wellenentwicklungen wie in der Politik war es klar, dass das keine fünf oder zehn Jahre so weitergehen würde.

Ist auch inhaltlich reagiert worden?

Ja. Der Deutsche Bundestag fasste 1990 den Beschluss einer CO₂-Reduzierung um 25 Prozent bis zum Jahr 2005. Das wurde zwar nicht ganz erreicht, aber es gab doch kräftige Emissionsminderungen im Strom- und Heizungsbereich: weil die besonders ineffizienten Energieanlagen aus der damaligen DDR abgeschaltet wurden. Ich bin über die danach abflauende Emissionsminderung nicht so enttäuscht, denn verglichen mit anderen Ländern war sie schon erstaunlich hoch.

1991 referierten Sie in Schönau, wo der Kampf seinerzeit vorrangig gegen die Atomenergie geführt wurde.

Das lag an meinem Schwager, der dort Gymnasiallehrer für Mathematik war und sich in der Schönauer Bürgerinitiative engagierte. Der sagte: Komm doch mal und halte einen Vortrag über Klimaänderungen – denn dann haben wir noch ein weiteres Standbein für unsere Aktivitäten. Das habe ich gemacht, und ab da war klar, dass es nicht nur um den Ausstieg aus der Atomenergie ging, sondern auch um die Erneuerbaren Energien als Ausweg aus der Nutzung fossiler Brennstoffe.

Daraus wurde eine sehr enge Verbindung. Sie haben sich für die EWS viel stärker engagiert, als es ein weltweit vernetzter Wissenschaftler eigentlich tun würde.

Ich merkte: Dies ist eine saubere, demokratische Bürgerinitiative, die viel Wert auf Fakten legt, allerdings auch emotional genug ist, dass sie etwas bewegen kann. Nur die Akademie der Wissenschaften reden zu lassen, bringt nichts. Da muss das Herzblut der Leute mit dabei sein. Aber ich habe damals auch gemerkt, wenn ich mich hier mit meinem Ruf als Vorsitzender des «Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen» einsetze, dann hat das schon etwas Gewicht.

Kann man sagen, dass Sie dem Charme und der Kompetenz von Ursula Sladek erlegen sind? Manche Diskussionsabende mit bekannten Persönlichkeiten an ihrem Familientisch sollen ja ellenlang gewesen sein.

Tatsächlich bin ich eher selten im Haus der Sladeks gewesen. Ich war zwar immer bei den «Stromseminaren» dabei, doch selten bei diesen Diskussionsrunden im inneren Zirkel der Bürgerinitiative. Am Tisch saßen dabei oft berühmte Leute – aber halt eher der Franz Alt als der Hartmut Graßl. Am Anfang bildete das Ehepaar Sladek das Zentrum der Aktivitäten: solide und bodenständige Leute. Im Laufe der Zeit wirkte Michael Sladek mehr im Hintergrund, während Ursula sich stärker vorn engagierte. Ich schätze sie als eine Person, die vielen Fachleuten überlegen ist. Sie kann druckreif reden und sie zeigt Emotionen, aber immer fest verwurzelt in den Fakten. Das ist ihre Stärke. Sie ist die treibende Kraft der Bürgerinitiative gewesen: Sie war geschockt von dem Tschernobylunfall 1986, der ja nicht der einzige schwere Atomunfall in der Sowjetunion gewesen ist.

Tatsächlich?

Ich stand 1995 oder 1996 im Dienstzimmer des Chefs der russischen Meteorologen und Hydrologen in Moskau und sah dort eine riesige Karte an der Wand. Darauf waren Isolinien der Gammastrahlung der gesamten ehemaligen Sowjetunion dokumentiert, also der Plutoniumverseuchung der Böden. Natürlich entdeckte ich sofort den Schwerpunkt um Tschernobyl, aber auch mehrere Orte im südlichen Sibirien. Ich fragte den Chef, der auch Kabinettsrang innehatte: «Ist das wirklich so, dass dort Unfälle wie in Tschernobyl passiert sind, was die Radioaktivität durch Plutonium betrifft?» Das sei so, sagte er ganz locker. Da war beispielsweise ein Schwerpunkt der Gammastrahlung in der Nähe von Tscheljabinsk, um eine Wiederaufarbeitungsanlage. Das haben wir im Westen damals nicht gewusst.

Was machte die Einrichtung «Schönauer Stromseminar» so spannend – in einer kleinen Gemeinde am südwestlichen Rand der Republik?

Für mich lag es daran, dass diese Bürgerinitiative basisdemokratisch war und jene anzog, die auf eine Energiewende pochten. Zunächst mit dem Ausstieg aus der Atomenergie, später auch aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe. Es kam nicht nur zu diesen Stromseminaren, sondern auch zu Abstimmungen über die zukünftige Art, die Stromversorgung dieser kleinen Stadt im Schwarzwald zu organisieren. Die Seminare waren eine Mischung aus wunderbarer Landschaft, verbindender Grundüberzeugungen und dem Stolz auf errungene Erfolge.

Ihnen gewährte man die Ehre, das EWS-Firmenschild am ersten kleinen Unternehmenstisch anzubringen: einem Hamburger Professor, der gern einen traditionellen Janker trägt und nach wie vor mit bayerischer Mundart spricht. Sie sind eigentlich das Gegenteil des Schönauers.

Ja, ich bin aus dem Berchtesgadener Land, das damals noch weit weniger entwickelt war, in die akademische Welt gegangen. Mundart gesprochen wird bei uns vor allem in der Familie. Nicht wegen meiner Frau – sie ist Schwäbin. Im Dialekt kann man, auch wenn man müde ist, immer noch vernünftig formulieren, während ich im Hochdeutschen schon immer eine erste Hürde überspringen muss.

Die Zeiten haben sich geändert – und sie ändern sich schon wieder. Plötzlich geben sich die großen Energiekonzerne als Garanten von Klimaschutz und Energiewende.

Sie fahren wie früher bei Kohle, Öl und Gas wieder ihre Klauen aus und wollen nun den Markt der Erneuerbaren erobern. Damit ist praktisch die Arena wieder ganz offen. Es kommt jetzt darauf an, dass die Genossenschaften und Bürgergruppen, die eine Energiewende bis hin zum Paris-Abkommen erzwungen haben, jetzt nicht klein beigeben müssen. Allerdings steht zu befürchten, dass sich die ganz Großen mit den kurzen Drähten zu den jeweiligen Regierungen erneut die 60, 70 oder gar 90 Prozent der Elektrizitätsversorgung einverleiben wollen.

Wie sehen Sie in dieser Gemengelage bürgergestützte, genossenschaftliche Unternehmungen wie die EWS: Wird man sich behaupten können?

Es wird schwer. Die EWS sind aber in günstigerem Fahrwasser, weil sie für mich eine lupenreine demokratische Einrichtung darstellen. Transparenz war immer ihr Riesenvorteil. Sie haben lange dafür gekämpft, das zu erreichen, was sie jetzt sind. Die Frage lautet nun: Wie können solche Unternehmen wie die EWS mehr Dampf für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erzeugen? Die Großen werden sicherlich, wenn sie wieder ausreichend Übermacht errungen haben, auch wieder die Preise diktieren wollen. Das wird die EWS vor die Herausforderung stellen, in den Clinch mit den Großkonzernen zu gehen und zu zeigen, dass sie es besser können.

Man sagt, Sie hätten einen ebenso guten Draht zu Kanzlerinnen und Kanzlern wie zu Kaufleuten oder der Kellnerin. Wobei Ihr Herz vermutlich eher für die kleinen Leute schlägt – so, wie Sie sich für einen Strom-Sozialtarif eingesetzt haben.

Das stimmt, weil ich ein Profiteur der Energiewende bin und Überschussgeld von meinem Beruf als gutverdienender Institutsdirektor in Anlagen für Erneuerbare Energien investiert habe. Und dieses Überschussgeld erzeugt Rendite. Aber die alleinerziehende Mutter kriegt die 6,8 Cent Zuschlag auf die Kilowattstunde Strom voll aufgebremst. Dieser Zuschlag ist so hoch, weil man die Industrie bei der Beteiligung an der EEG-Umlage zu weiten Teilen ausgespart hat. Für die Alleinerziehende ist dieser Stromtarif gemessen an ihrem Einkommen ein großer Brocken, während ich das Doppelte leisten könnte, ohne es zu spüren. Deshalb müssen sozialpolitische Aspekte in der Energiewende so wichtig werden wie das Reduzieren von Emissionen. Wenn wir das nicht tun, werden uns die ärmeren Teile der Bevölkerung die Gefolgschaft verweigern.

Wenn der Wille vorhanden ist, haben Sie 2017 beim Stromseminar gesagt, kann sich rasant etwas tun. Spüren Sie dazu den Willen in der Politik, der Wirtschaft und der Gesellschaft?

Sie sehen jetzt in der Corona-Krise, wie wichtig es ist, eine funktionierende Regierung zu haben. Wie wichtig es ist, Grundlagenforschung zu betreiben und gute Wissenschaftler zu haben. Ich denke, dass nach der Corona-Krise die junge Generation das Klimathema wieder verstärkt aufnehmen und Druck auf die Politik ausüben wird. Denn Politiker reagieren fast immer nur auf Druck – denken Sie an unsere Kanzlerin: Als sie merkte, dass ihre Wiederwahl wohl massiv gefährdet wäre, hat sie nach der Kernschmelze in Fukushima für den Ausstieg aus der Atomenergie votiert.

Ihr Klimaschutzpaket sei das, was in der Politik möglich ist, hat die Kanzlerin nach der großen Klimaschutz-Demo Ende September 2019 gesagt. Im Zuge der Corona-Pandemie werden Hunderte von Milliarden Euro bereitgestellt, allerdings hauptsächlich für die Wirtschaft.

Man kann es auch bei der Energiewende so handhaben – und das werden die jungen Leute auch fordern. Aber dies ist eine schräge Debatte, denn die Energiewende ist nicht teuer. In Wirklichkeit ist sie billiger, wenn wir einrechnen, was wir alles an externen Kosten für die Nutzung fossiler Brennstoffe zahlen: Wir haben hohe Kosten für vom Klimawandel verstärkte Wetterextreme und für Atemwegserkrankungen durch Luftverschmutzung, denn Tausende Menschen in Deutschland sterben jedes Jahr deswegen früher.

Man braucht also gar nicht sehr viel Geld, sondern nur eine gerechte Verteilung der realen Kosten?

Genauso ist es – das Verursacherprinzip muss ernst genommen werden. Wer Schäden verursacht, sollte sie auch bezahlen. Wenn das gilt, ist die Energiewende nicht teurer, sondern billiger als das bisherige System.

Zum Schluss noch ein Graßl-Zitat: «Wenn man etwas durchsetzen will, muss man die Machtstrukturen verändern. Die Bürger sind dabei die Hefe ...»

Und die Bürger könnten mit ihren Kompetenzen viel mehr bewegen! Die Kanzlerin bekommt jeden Tag zahlreiche Briefe und Anrufe von den Bossen der Industrie, aber wenn die Bürger zur gleichen Zeit ruhig sind – ja, was entscheidet sie dann? Sie geht jetzt im Klimaschutz etwas stärker voran, weil sie merkt, dass sonst die junge Generation den Volksparteien völlig wegbricht. Also wird sie Druck ausüben auf ihre eigene Fraktion, dass da etwas mehr stattfindet als bisher.

Sie gelten als sachlicher, differenzierter und hartnäckiger Mahner mit durchaus zuversichtlicher Erwartungshaltung. Bleiben Sie auch für die kommende Zeit optimistisch?

Wir reden über die Corona-Pandemie und darüber, dass ein paar Promille der Bevölkerung an dieser Krankheit sterben werden, solange es noch keinen Impfstoff gibt. Gemessen an dem, was uns überall im Leben passieren kann, ist das keine allzu große Herausforderung. Eine viel größere ist, zu verhindern, dass 500 Millionen oder noch mehr ihre Lebensgrundlage verlieren, weil der Niederschlag ausbleibt und der Meeresspiegel immer rascher steigt. Angesichts dieser fundamentalen Aufgabe bin ich positiv gestimmt, dass sich das Klimathema wieder hochhangelt und andere Entscheidungen gefällt werden als bisher. Denn eine echte Katastrophe wie ein Weltkrieg oder Atomkrieg – was ich immer noch für die allergrößte Bedrohung halte – ist die Corona-Krise ja nicht.

Hartmut Graßl

Der Klimaforscher Prof. Dr. Hartmut Graßl wurde 1940 in Salzberg im Berchtesgadener Land geboren. Er war Professor in Kiel und Hamburg und bis 2005 Direktor des Max-Planck-Instituts für Meteorologie in Hamburg. Unter anderem arbeitete er als Direktor des Weltklimaforschungsprogramms bei der «World Meteorological Organization» in Genf und war Vorsitzender des «Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen». Bereits in den 1980er-Jahren warnte er vor der Klimaerwärmung.

Der Umwelt zuliebe wurde auf die Wiedergabe von Fotos in der Druckversion verzichtet. Nachdruck, Aufnahme in Online-Dienste sowie die Vervielfältigung auf Datenträgern nur nach Genehmigung des Herausgebers.